

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint wöchentlich außer Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis (einfach, der entsprechenden Bezeichnung): Vier Unterhaltungsblätter, Sächsischer Anzeiger, Schwarzenberger Anzeiger, Übrige Zeitungen) frei Haus gestellt. Bestellungen und Anzeigenannahme monatlich 1.00 RM, halbjährlich 5.00 RM, jährlich 10.00 RM. Einzelnummern 10 Pf.
Für Rücksendung ungenutzter Exemplare keine Verantwortung.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Bürgermeister zu Grünhain, Schönitz, Neuhäusel und Schneberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.
Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Amtsgerichte in Aue, Schwarzenberg, Schwarzenberg, Sohanngeorgenstadt, des Oberbürgermeisters zu Aue und des Ersten Bürgermeisters zu Schwarzenberg.
Verlag G. R. Gärner, Aue, Sachsen.
Leitung: Aue, Rennweg 2541. **Direktion:** Volksfreund Aue/Sachsen.
Geschäftsstellen: Schönitz (Amt Aue) 2940, Schneberg 310 und Schwarzenberg 3124.

Anzeigenannahme ist die am Sonntag erscheinende Nummer bis spätestens 9 Uhr in der Geschäftsstelle.
Der Preis für die 22 mm breite Zeilenbreite ist 4 Pf., für die 90 mm breite Zeilenbreite 20 Pf., und für 120 mm 30 Pf. (einschließlich Porto).
Die Bezahlung soll bei jeder Bestellung ausbezahlt werden. Bei Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes keine Ansprüche.
Postfach-Nr. 12 200.
Stadtbank - Konto: Aue 1. C.

Nr. 295. Montag, den 19. Dezember 1938. Jahrg. 91.

Der Sieg der Einheitspartei in der Slowakei. 97,5 v. H., darunter die Deutschen, stimmten für die Einheitsliste. Eine revolutionäre Wahl.

Die slowakische Landesregierung hatte auf den gestrigen Sonntag die Wahlen für den ersten eigenständigen Landtag der Slowakei anberaumt. Unter ihren Führern Tiso und Sibor hatte die Hlinka-Partei eine Einheitsliste aufgestellt, auf der auch die Vertreter der Karpathendeutschen Partei kandidierten. Bekanntlich sind die etwa 150.000 Volksdeutschen in der Slowakei in der Landesregierung durch den Abg. Karmasin vertreten, dem Staatssekretär für die Wahrung der deutschen Volkstumsinteressen. In Orten, in denen das Deutsche in anscheinlicher Zahl neben oder zwischen den Slowaken wohnt, haben gemeinsame Wahlversammlungen stattgefunden. Bei einer solchen Wahlversammlung in der Nähe der neuen slowakisch-ungarischen Grenze war es, daß ungarische Terroristen, die mit Gewehren und Maschinen-gewehren bewaffnet waren, einen Anschlag auf Karmasin versuchten, aber nur ein Mädchen durch einen Halschuß lebensgefährlich verletzten. Auch der Führer der in der Slowakei verbliebenen wenigen Ungarn, der Graf Esterhazy, hat in Budapest Zeitungen eine Einmischung in die karpatho-deutschen Angelegenheiten versucht und gegen Karmasin Stellung genommen. Wir verzeichnen diese Tatbestände, ohne ihnen sonderliches Gewicht beizulegen.

Der Ausgang der Wahl (97,5 v. H. stimmten für die Einheitsliste) ist ein großer Erfolg der Slowaken. Er wird in Prag nicht gerade mit Zufriedenheit verzeichnet werden. Haben sich doch die Auseinandersetzungen zwischen Slowaken und Tschechen neuerdings noch verschärft. So haben die Slowaken durchgesetzt, daß das der Prager Regierung bewilligte Ermächtigungsgesetz nur dann für die Slowakei angewandt werden kann, wenn die slowakische Landesregierung selbst ihre Zustimmung gibt, sie haben, wie gesagt, das System der Einheitspartei angenommen, das sich grundsätzlich auf die Volkstumsbewegung der Hlinkagarden unter Anerkennung der Karpatho-deutschen Volkstumsbewegung stützt, sie haben von sich aus eine tabuläre Lösung der Judenfrage angeordnet und sie haben schließlich die Landtagswahlen nach eigenem Ermessen angelegt. Gegen die letzterwähnte Maßnahme richtete sich der Hauptstoß ihrer Gegner im Prager Parlament, wo in völliger Verkennung des revolutionären Charakters dieser Wahlen der formale Standpunkt geltend gemacht wurde, daß die Ausschreibungsfrist nicht eingehalten wurden, ein Einwand, der angesichts der Sachlage einfach kindisch ist. Die Slowaken haben ferner nicht vergessen, daß ihr Land von den Tschechen als Abklappplatz für das überschüssige tschechische Intelligenz-Proletariat benutzt wurde, und haben jetzt 9000 tschechische Beamte mit höchstem Lohn, aber energisch in ihre eigenliche Heimat zurückgeschickt. Sie haben, um die Einheit von Volk und Staat zu gewährleisten, die nationaltschechischen Sokolvereine und die tschechisch-meritalen Drelvereine aufgelöst und deren Vermögen der Hlinkajugend übereignet. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die ursprüngliche Hlinka-Partei ausgeprägt katholisch war, nur lebte sie die unter der Maste des tschechischen Klerikalismus betriebene Ueberfremdung ihres Landes ebenso ab wie andere Ueberfremdungsversuche. Als jetzt ausgeweitete Einheitspartei umfaßt die Hlinkabewegung die zahlreichen protestantischen Slowaken, nachdem am 6. Oktober in der Deklaration von Sillein die Verschmelzung der agrarischen „Republikaner“ mit der alten Hlinka-Partei erfolgt ist.

Rundfunkansprache Dr. Tisos.

Presburg, 19. Dez. Der Vorsitzende der slowakischen Regierung, Dr. Tiso, gab gestern abend im Rundfunk bekannt, daß die Wahlbeteiligung ungemein stark gewesen sei und daß nach den bisher eingegangenen Berichten 98 v. H. sich für die Regierung ausgesprochen hätten. Dieses Ergebnis beweise, daß sich die slowakische Regierung auf eine Zustimmung stütze, deren sich bisher keine Regierung habe rühmen können.
Die Wahlen sind im allgemeinen ohne Zwischenfälle verlaufen. Die slowakischen Ortschaften hatten Flaggenhonneur angelegt. Die deutsche Volksgruppe hatte im deutschen Sprachgebiet das Sakentraubanner gehißt.
Aus dem tschecho-slowakischen Heere sind 40 slowakische Offiziere ausgeschieden, die die Organisierung der Hlinkagarde zu einer halb-militärischen Organisation durchzuführen sollen. Slowakische Militär besetzte heute die Solohelme, die an die Hlinka-Garde abgetreten werden. Am Sonnabend traten in der ganzen Slowakei 100.000 Hlinka-Gardisten zu Waffenübungen an.
In Presburg wurden drei Juden und zwei Tschechen festgenommen und ins Konzentrationslager gebracht, weil sie kommunistische Flugblätter verteilten.

Ungarns Außenpolitik. Das neue Judengesetz.

Budapest, 19. Dez. Am Vorabend des Besuchs des Grafen Ciano umriß der neue Außenminister Ungarns, Graf Csaky, in einer Versammlung zum ersten Male das Programm, das eine gradlinige, aber von jugendlichem Schwung, Selbstbewußtsein und Energie getragene Fortsetzung der bisherigen ungarischen Außenpolitik, insbesondere der Politik von Rannas zu werden verspricht. Graf Csaky verläßt sich dabei in erster Linie auf die eigene Kraft und die eigene bewaffnete Wehr und werde an der seit tausend Jahren behaupteten Unabhängigkeit des Landes nicht einen Augenblick irre, wolle aber der bewährten Freundschaften Deutschlands, Italiens und Polens nicht entraten und neue Freundschaften mit den Nachbarn Ungarns anbahnen.
Ein außerordentlicher Ministerrat hat gestern das mit Spannung erwartete neue Judengesetz gebilligt. Wie verlautet, wird durch das neue Gesetz der Anteil der jüdischen Bevölkerung in einzelnen Berufsweigen bis auf 7 v. H. herabgesetzt werden. Wie verlautet, regelt das neue Gesetz die Frage, wer als Jude zu gelten hat, daß als Nicht-Jude nur der anzusehen sei, dessen beide Elternteile zur Zeit seiner Geburt einer christlichen Konfession angehört haben.

Zum Besuch des Grafen Ciano in Budapest schreibt „Vox d'Italia“: Ungarns Außenpolitik sei fest verankert in der Solidarität der Achse Rom-Berlin, ein Ergebnis, das aus dem geographischen, realistisch vertandenen Grenzen und aus den Feststellungen der letzten drei Jahre europäischer Geschichte hervorgegangen sei. Man könne daher nur eine zunehmende Zusammenarbeit mit Italien und Deutschland erwarten, die sich gewiß auch auf das gemeinsam befreundete Jugoslawien erweitern werde, das einen starken Stabilitätsfaktor im Donau- und Balkanraum darstelle. Schließlich werde es nur natürlich sein,

An den Nesten eines toten Baumes...

Frankreich über politische Probleme Frankreichs.

Paris, 18. Dez. Der frühere Ministerpräsident und Vorsitzende der Demokratischen Bewegung, Flandin, sagte anlässlich der Jahrestagung des Verbandes der demokratischen Presse, bei der mehr als 300 Provinzzeitungen vertreten waren, u. a.: Der Besuch v. Ribbentrops und die Unterzeichnung der deutsch-französischen Erklärung seien Anzeichen dafür, daß die französische Diplomatie die Notwendigkeit verstanden habe, ihre frühere ausschließlich auf dem Genfer Pakt und den ergänzenden Verträgen beruhende Politik zu revidieren. Man könne zwar behaupten, daß das Genfer Ideal der kollektiven Sicherheit banterot gemacht habe, aber es wäre eine große Unflucht gewesen, die Geschichte des Freiheitskampfes an die Wüste eines toten Baumes zu hängen. Frankreich dürfe seine Sicherheit nicht erbetteln, sondern müsse sie selbst sichern, wozu es durchaus in der Lage sei.

Was die Innenpolitik anlangt, so entwickle sich eine verborgene Revolution. Der Abstieg des parlamentarischen Regimes werde offenkundig. Die neue Mehrheit, auf die sich die Regierung stütze, sei eine zerbrechliche, solange nicht eine Wahlreform und Neuwahlen stattgefunden hätten.

Paris, 19. Dez. Ministerpräsident Daladier wird nach „Jour“, seine geplante Propagandareise nach Korsika und Tunis Anfang Januar antreten.

Große Luftschutzübung in Paris.

Paris, 9. Dez. In einem Teil der Stadt werden heute umfangreiche Luftschutzübungen durchgeführt. Die Schlachthäuser in La Villette sowie andere Stadtviertel werden mit Bomben und Gas angegriffen werden. 2000 Frauen und Kinder werden auf dem schnellsten Wege mit Eisenbahnwagen in die Umgebung gebracht werden. Die Sirenen werden längere Zeit hindurch die ganze Stadt in Alarmzustand halten.

„Es lebe die freie Bretagne.“

Paris, 19. Dez. In Pontion in dem bretonischen Departement Morbihan explodierte gestern früh um 4.20 Uhr das Denkmal zur Erinnerung an die Befreiung der Bretagne mit Frankreich. Durch die Explosion wurde die bronzenen Statue in Stücke gerissen. Die Fensterscheiben der umliegenden Häuser zertrümmert. Soweit sich bisher feststellen ließ, waren starke Sprengstoffladungen unter der Statue angebracht und durch eine fünf bis sechs Meter lange Röhre zum Explosions gebracht worden. Nach der Explosion soll das Motorengeräusch eines schnell davonfahrenden Kraftwagens gehört worden sein. Man glaubt, daß der Anschlag mit der am Sonnabend in

wenn Ungarn bei seinem engen Zusammenhang mit der Politik der Achse auch seine Haltung in der Frage der Bekämpfung des Bolschewismus und gegenüber der Unzulänglichkeit der Genfer Liga mit Rom und Berlin in Uebereinstimmung bringe.

Der „Vester Lloyd“ widmet dem italienischen Minister einen herzlich gehaltenen Begrüßungsartikel. Alles deute heute darauf hin, daß die faschistische Großmacht in engster und treuester Zusammenarbeit mit der anderen Achsenmacht, dem nationalsozialistischen Deutschland, ihre Ziele — im Rahmen eines Neuaufbaues der europäischen Politik und des europäischen Friedens — würdig, mit eherner Ausdauer und zu Opfern bereit verwirklichen werde. Die Achse Berlin-Rom bilde eine unerschütterliche und unzerstörbare Einheit. Für die ungarische Nation sei diese Einheit und Festigkeit der Achse nicht allein ein Mittel der europäischen Politik und ihrer eigenen Nationalpolitik, sondern eine feste und unwandelbare Basis, an deren Kräftigung und Untermauerung Ungarn stets treu und loyal mitarbeiten werde. Durch den Wiener Schiedsspruch hätten die beiden Achsenmächte dem Frieden einen neuen bedeutenden Dienst erwiesen, für den ihnen nicht allein Ungarn, sondern auch alle am Frieden interessierten Völker Europas Dank schuldeten. „Das Dreieck Rom-Berlin-Budapest kann für die Befreiung Südosteuropas und ganz Europas von entsetzender Wichtigkeit sein. Die Staatsmänner und Völker Europas gestalten jetzt Schicksal und Zukunft dieser alten Zivilisation. Ungarn ist stolz, sich an dieser Arbeit an der Seite seiner großen Freunde beteiligen zu können.“

Lebenslängliche Zwangsarbeit für Schüler und Studenten in Rumänien.

Bukarest, 18. Dez. Das Cernowitzer Militärgericht verurteilte wegen des Anschlages auf den Präsidenten des Militärgerichts, Oberleutnant Cristescu, den 18-jährigen Schüler Lussow und den Student Stanescu zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Zwei andere Schüler erhielten wegen Beihilfe 25 Jahre Zwangsarbeit, ein Student 16 Jahre Gefängnis. Von dem Oberstaatsanwalt, der einen Teil der erschütternden Aktenstücke befreit hat, wurde der Mann zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, die Frau wurde freigesprochen. Außerdem wurden wegen verbotenen Waffentragens Gefängnis- und Geldstrafen ausgesprochen.

Kennes erfolgten Verurteilung der beiden bretonischen Autonomen Debeauvais und Nordet zusammenhängen könnte, und verweist darauf, daß vor einigen Tagen in Pontion junge Leute zu Gefängnis verurteilt worden sind, weil sie autonomistische Fettel angeklebt hatten. Debeauvais soll übrigens auf das Urteil mit dem Ruf „Es lebe die freie Bretagne!“ geantwortet haben.

Mussolini wählte die neue Kohlenstadt ein.

Rom, 19. Dez. Bei Einweihung der neuen Stadt Carbonia, dem Mittelpunkt der Kohlförderung auf Sardinien, hielt Mussolini gestern an die Schwarzhemden, Ingenieure, Techniker und Bergarbeiter eine Ansprache. Die Städte neugründung beweiße die gewaltige schöpferische und organisatorische Fähigkeit des faschistischen Italien für alle Zeit. Unter der Erde habe der ungeheure Reichtum „autarkischer“ italienischer Kohle, die der ausländischen Kohle nicht nachstehe, nur auf die Tätigkeit der Bergarbeiter gewartet. Die Kohle werde Suldioxidkohle heißen. Die neue Stadt zähle bereits 12.000 Einwohner und werde bald 24.000 beherbergen. Es sei bezeichnend, daß die Einweihung von Carbonia mit dem dritten Jahrestag zusammenfalle, an dem die italienischen Frauen nach dem Beispiel Altoms auf die schmachliche wirtschaftliche Belagerung durch die Genfer Liga (anhaltendes Pfeifen) ihre Trauringe dargeboten hätten. Wenn ein Volk solcher Beispiele fähig sei, könne es allen und jedem fest entgegensehen.

Vor einem Waffenstillstand in Spanien?

Paris, 19. Dez. Die gestrigen Zeitungen deuten an, daß gewisse Kreise den Dual d'Espay veranlassen wollen, den ersten Schritt zu einem einmonatigen Waffenstillstand in Spanien zu tun. Eine Abordnung des Spitzenerbundes der französischen Frontkämpfer im Außenministerium habe darauf hingewirkt. Auch eine Rücksprache des Pariser Kardinals Verdier wird in diesem Zusammenhang verzeichnet.

Paris, 18. Dez. Dem „Jour“ wird bestätigt, daß in Katalonien erneut terroristische Ausschreitungen wie in den ersten Tagen des Bürgerkrieges stattfinden. Kommunistische und anarchistische Patrouillen haben die roten Volksgewaltkräfte verstärkt. Allenfalls werden nicht nur Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte und Priester, sondern auch Arbeiter und kleine Gewerbetreibende unter der Beschuldigung der Spionage verhaftet. Truppen sind zur Verstärkung der Straßenpatrouillen vor der Front geholt worden. Es sollen bereits 200 Verhaftete zum Tode und weitere 100 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden sein. Es handle sich um ein Zeichen völligen Verfalls, den die ganzen Organisationen in Katalonien aber nicht aufhalten könnten. Die roten Zeitungen eröfneten am Freitag mit großen Sensationen.